A1

Antrag

Initiator*innen: dbb jugend (dbb jugend)

Titel: **Leitantrag "Gute Arbeit für alle – Zukunft sichern im öffentlichen Dienst"**

Antragstext

Wir, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sind das Rückgrat unseres Staates. Nur mit und durch uns kann Demokratie gelebt werden, können politische Entscheidungen umgesetzt werden und kann unser Gemeinwesen funktionieren.

Ob in Verwaltungen, Schulen, Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, bei Polizei, Feuerwehr, Justiz oder in sozialen Einrichtungen – wir sorgen täglich dafür, dass der Staat handlungsfähig bleibt und Menschen Unterstützung erhalten.

Gleichzeitig steht der öffentliche Dienst vor enormen Herausforderungen. In den kommenden Jahren werden viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Bereits heute führen Personalmangel, steigende Anforderungen, hohe Arbeitsbelastung und unzureichende Rahmenbedingungen zu wachsendem Druck auf die Beschäftigten.

Zugleich verändern sich die Erwartungen junger Menschen an Arbeit und Arbeitgebende. Gute Arbeitsbedingungen, Flexibilität, Sicherheit, Mitbestimmung, Diversität und Gesundheitsschutz sind keine Zusatzleistungen, sondern Voraussetzungen für einen attraktiven öffentlichen Dienst.

Deshalb ist klar: Der öffentliche Dienst muss moderner, gerechter und attraktiver werden.
Beschäftigte brauchen mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Zukunftsperspektiven.

Als Jugendgewerkschaft treten wir für einen öffentlichen Dienst ein, der den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist – solidarisch, demokratisch und leistungsfähig.

Unsere Grundsätze

- Der öffentliche Dienst ist Daseinsvorsorge und Grundlage einer funktionierenden Demokratie.
- Gute öffentliche Leistungen brauchen gute Arbeitsbedingungen.
- Alle Beschäftigten verdienen gleiche Wertschätzung – unabhängig von Statusgruppe, Herkunft oder Lebensrealität.
- Solidarität statt Spaltung.
- Modernisierung darf nicht zulasten der Beschäftigten erfolgen.

Gute Bezahlung ist Wertschätzung

Wertschätzung zeigt sich auch in einer fairen und angemessenen Vergütung.

Für Tarifbeschäftigte werden Entgelte in Tarifverhandlungen erkämpft. Beamt*innen hingegen sind darauf angewiesen, dass Gesetzgebende eine verfassungsgemäße Besoldung sicherstellen.

Mit seinem Beschluss vom 17.09.2025 hat das Bundesverfassungsgericht Maßstäbe für eine amtsangemessene Besoldung konkretisiert.

Wir fordern deshalb:

- die Überprüfung aller Besoldungssysteme anhand dieser Vorgaben,
- die konsequente Anpassung verfassungswidriger Besoldung,
- die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifergebnissen auf Beamt*innen,
- die deutliche Aufwertung von Ausbildungs-, Anwärter*innen- und Einstiegsvergütungen.

Gute Arbeit im öffentlichen Dienst muss auch finanziell anerkannt werden.

Gute Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung

Der öffentliche Dienst darf nicht dauerhaft auf Kosten der Gesundheit seiner Beschäftigten funktionieren.

Personalmangel, Arbeitsverdichtung und zunehmende Konfliktsituationen führen vielerorts zu Überlastung. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Flexibilität und Erreichbarkeit.

Wir fordern:

- konsequenten Personalaufbau und realistische Personalbemessung,
- Schutz vor Überlastung und unbezahlter Mehrarbeit,
- moderne und flexible Arbeitszeitmodelle,
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben,
- Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten, wo dies sinnvoll möglich ist,
- eine moderne und gesundheitsfördernde Arbeitsorganisation.

Psychische Gesundheit ernst nehmen

Die psychische Belastung im öffentlichen Dienst nimmt seit Jahren zu. Hoher Arbeitsdruck, Personalmangel, belastende Einsätze und zunehmende gesellschaftliche Spannungen wirken sich auf die Gesundheit vieler Beschäftigter aus.

Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein.

Wir fordern:

- die systematische Erfassung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz,
- verbindliche Präventionsmaßnahmen gegen Überlastung,
- niedrigschwellige und kostenfreie Beratungsangebote,
- Sensibilisierung und Schulungen für Führungskräfte,
- ausreichend Zeit und Personal für gesundes Arbeiten,
- eine Arbeitskultur, in der psychische Erkrankungen offen thematisiert werden können.

Gesunde Beschäftigte sind die Grundlage eines funktionierenden öffentlichen

Dienstes.

Carearbeit anerkennen und unterstützen

Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst übernehmen neben ihrer beruflichen Tätigkeit Verantwortung für Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder andere Sorgearbeit.

Carearbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar. Sie darf nicht zur zusätzlichen individuellen Belastung werden.

Wir fordern:

- echte Vereinbarkeit von Beruf und Carearbeit,
- flexible und verlässliche Arbeitszeitmodelle,
- Teilzeitmöglichkeiten ohne berufliche Nachteile,
- bessere Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten,
- ausreichende Freistellungs- und Sonderurlaubsregelungen,
- Sensibilisierung von Führungskräften für die Bedürfnisse von Beschäftigten mit Careverantwortung.

Ein moderner öffentlicher Dienst muss die Lebensrealitäten seiner Beschäftigten berücksichtigen.

Flexibilität und Durchlässigkeit stärken

Berufsbiografien verändern sich. Junge Beschäftigte erwarten heute mehr Flexibilität und Entwicklungsmöglichkeiten.

Der öffentliche Dienst muss deshalb durchlässiger und mobiler werden.

Wir fordern:

- einfachere Wechsel innerhalb des öffentlichen Dienstes,
- bessere Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und freier Wirtschaft,

- die Anerkennung von Berufserfahrung unabhängig davon, wo sie erworben wurde,
- moderne Ausbildungsstrukturen mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten,
- die Sicherstellung sozialer Absicherung und Altersversorgung auch bei Berufswechseln.

Der öffentliche Dienst muss attraktive Perspektiven bieten – nicht starre Strukturen.

Modernes Berufsbeamtentum

Das Berufsbeamtentum bleibt ein wichtiger Bestandteil eines funktionierenden Staates. Es gewährleistet Kontinuität, Neutralität und Verlässlichkeit staatlichen Handelns.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Berufsbeamtentum reformiert und modernisiert werden muss.

Dabei gilt: Reformen dürfen nicht einseitig zulasten der Beamt*innen erfolgen.

Wir fordern:

- eine ausgewogene Betrachtung von Rechten und Pflichten,
- faire und amtsangemessene Besoldung,
- attraktive Rahmenbedingungen für Nachwuchskräfte,
- moderne Arbeitsbedingungen und flexible Arbeitsmodelle,
- transparente Beförderungs- und Beurteilungssysteme,
- stärkere Mitbestimmungsrechte.

Ein modernes Berufsbeamtentum muss attraktiv, gerecht und zukunftsfähig bleiben.

Digitalisierung und KI als Chance gestalten

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt grundlegend – auch im öffentlichen Dienst.

Dieser Wandel darf nicht über die Beschäftigten hinweg erfolgen.

Wir fordern:

- frühzeitige Einbindung der Beschäftigten in Veränderungsprozesse,
- umfassende Aus- und Fortbildungsangebote,
- den Einsatz digitaler Technologien zur Entlastung der Beschäftigten,
- transparente und verantwortungsvolle Regeln für den Einsatz von KI.

Digitalisierung muss unterstützen, nicht ersetzen.

Schutz und Sicherheit im Dienst gewährleisten

Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen ihre Arbeit sicher ausüben können.

Übergriffe, Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten dürfen nicht hingenommen werden.

Wir fordern:

- wirksame Schutz- und Präventionskonzepte,
- ausreichende Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz,
- konsequente Unterstützung der Beschäftigten bei Strafverfolgung und Nachsorge,
- klare Haltung der Arbeitgebenden gegen Gewalt und Bedrohungen.

Wer für den Staat arbeitet, verdient Schutz und Rückhalt.

Diversität und Gleichstellung stärken

Ein moderner öffentlicher Dienst muss die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.

Noch immer bestehen strukturelle Hürden und Ungleichheiten beim Zugang zum öffentlichen Dienst sowie im Arbeitsalltag und beim beruflichen Aufstieg.

Wir fordern:

- diskriminierungsfreie Einstellungs- und Auswahlverfahren,
- gezielte Förderung unterrepräsentierter Gruppen,
- barrierefreie und inklusive Arbeitsplätze,
- bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und persönlichen Lebensrealitäten,
- Sensibilisierung und Fortbildungen zu Vielfalt und Antidiskriminierung.

Diversität ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke des öffentlichen Dienstes.

Mitbestimmung stärken

Gute Arbeitsbedingungen entstehen nicht ohne starke Interessenvertretungen.

Personalvertretungen sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Demokratie und Mitbestimmung im Arbeitsalltag.

Wir fordern:

- ausreichende Ressourcen für Interessenvertretungen,
- echte Beteiligung auf Augenhöhe,
- stärkere Rechte für Jugend- und Auszubildendenvertretungen,
- eine Kultur der Mitbestimmung und Beteiligung.

Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement fördern

Viele junge Beschäftigte engagieren sich auch außerhalb ihres Berufs für Demokratie und Gesellschaft.

Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung.

Wir fordern:

- stärkere Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeit,
- wohlwollende Gewährung von Sonderurlaub,
- flexible Arbeitszeitregelungen zur Unterstützung gesellschaftlichen Engagements.

Ein starker Staat lebt von Menschen, die sich einbringen – beruflich wie ehrenamtlich.

Unser Auftrag als Jugend

Wir als junge Gewerkschafter*innen gestalten die Zukunft des öffentlichen Dienstes aktiv mit.

Wir organisieren, vernetzen und vertreten junge Beschäftigte und kämpfen für faire Arbeitsbedingungen, echte Mitbestimmung und einen modernen öffentlichen Dienst.

Wir wollen einen öffentlichen Dienst, der Sicherheit bietet, Vielfalt lebt, Gesundheit schützt und jungen Menschen echte Perspektiven eröffnet.

Schluss

Der öffentliche Dienst kann die Herausforderungen der kommenden Jahre nur mit motivierten und gut ausgestatteten Beschäftigten bewältigen.

Sich auf die bisherige Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu verlassen, reicht nicht aus. Junge Menschen haben andere Erwartungen an Arbeit und Arbeitgebende als frühere Generationen.

Deshalb braucht es jetzt echte Reformen, mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen.

Wir fordern einen öffentlichen Dienst, der modern, solidarisch und zukunftsfähig ist – damit wir auch morgen motiviert Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen können.